

Geschichte

Die Stadt Marienberg erhielt 1855 die regionale Verwaltungsfunktion mit königlichem Gerichtsamt. Ab 1874 war die Stadt Sitz einer Amtshauptmannschaft und entwickelte sich damit zu einem regionalen Verwaltungsmittelpunkt. Nach Baubeginn im Sommer 1914 erhielt das königliche Amtsgericht am 1. Juli 1917 seinen jetzigen Sitz außerhalb der Altstadt an der Zschopauer Straße.

Der eigens für die Gerichtsnutzung errichtete Gebäudekomplex besteht aus einem Hauptgebäude und einem kleineren Nebengebäude, welches als Gefangenenhaus diente. Später wurde das Hafthaus zum Grundbuchamt umfunktioniert. In den Jahren 1997 bis 1999 erhielt das Hauptgebäude eine umfassende Sanierung.



Flur Hauptgebäude



Treppenhaus Hauptgebäude



Eingangportal Hauptgebäude



Amtsgericht Marienberg, Eingangsbereich



Bauherr
Freistaat Sachsen
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Georg Unland

Staatsbetrieb
Sächsisches Immobilien- und Baumanagement
Technischer Geschäftsführer, Prof. Dieter Janosch
Kaufmännischer Geschäftsführer, Oliver Gaber

SIB Niederlassung Chemnitz
Niederlassungsleiter und
Bereichsleiter Planungs- und Baumanagement
Peter Voit

Projektleitung und -steuerung,
Hochbau:
Kerstin Hegewald
Isabella Klemm

Technik:
Sabine Abdennabi
Heike Becher
Ron Käbisch
Hagen Michalke

Ingenieurbau:
Matthias Hausdorf
Karin Keller

Planungsbeteiligte Planer

Architektur und Gestaltung
h.e.i.z.Haus Architektur.Stadtplanung
Partnerschaft mbB, Dresden

Bauleitung:
IB Wohlgemuth, Marienberg

Tragwerksplanung:
Trag Werk Ingenieure Döking + Purtak Partnerschaft,
Dresden

Fachplanung HLS:
Dr. Schmidt Ingenieure, Chemnitz

Fachplanung Elektrotechnik:
IB Hammer, Chemnitz

Freiraumplanung:
h.e.i.z.Haus Architektur.Stadtplanung
Partnerschaft mbB, Dresden

Regenrückhaltung:
BAÜpro, Dresden

Brandschutzgutachter:
IB für Sicherheitstechnik Thomas, Rosenthal-Bielatal

Prüfung Brandschutz/Tragwerk:
Statik- und Brandschutzbüro Borchert, Dresden

SIGEK0:

IB RiB, Chemnitz

Fachplanung Aufzug:
Hundt & Partner Ingenieurgesellschaft mbH & Co. KG,
Leipzig

Baugrunduntersuchung:
Schäfer Geotechnik Consult GmbH, Chemnitz

Künstler:
Frank Maibier, Chemnitz

Herausgeber

Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien-
und Baumanagement
Wilhelm-Buck-Straße 4, 01097 Dresden
www.sib.sachsen.de
im Auftrag des Freistaates Sachsen
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Redaktion

SIB Niederlassung Chemnitz

Gestaltung

Rotsporn Kreativbüro, Dresden

Fotografie

Lothar Sprenger, Dresden
SIB NL Chemnitz

Druck

addprint AG

Auflage

1.000 Exemplare

Redaktionsschluss

Dezember 2016

Bezug

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:
SIB Niederlassung Chemnitz
Brückenstraße 12, 09111 Chemnitz
Telefon: +49 371 457 0
Telefax: +49 371 457 4611
E-Mail: poststelle-c@sibsmf.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

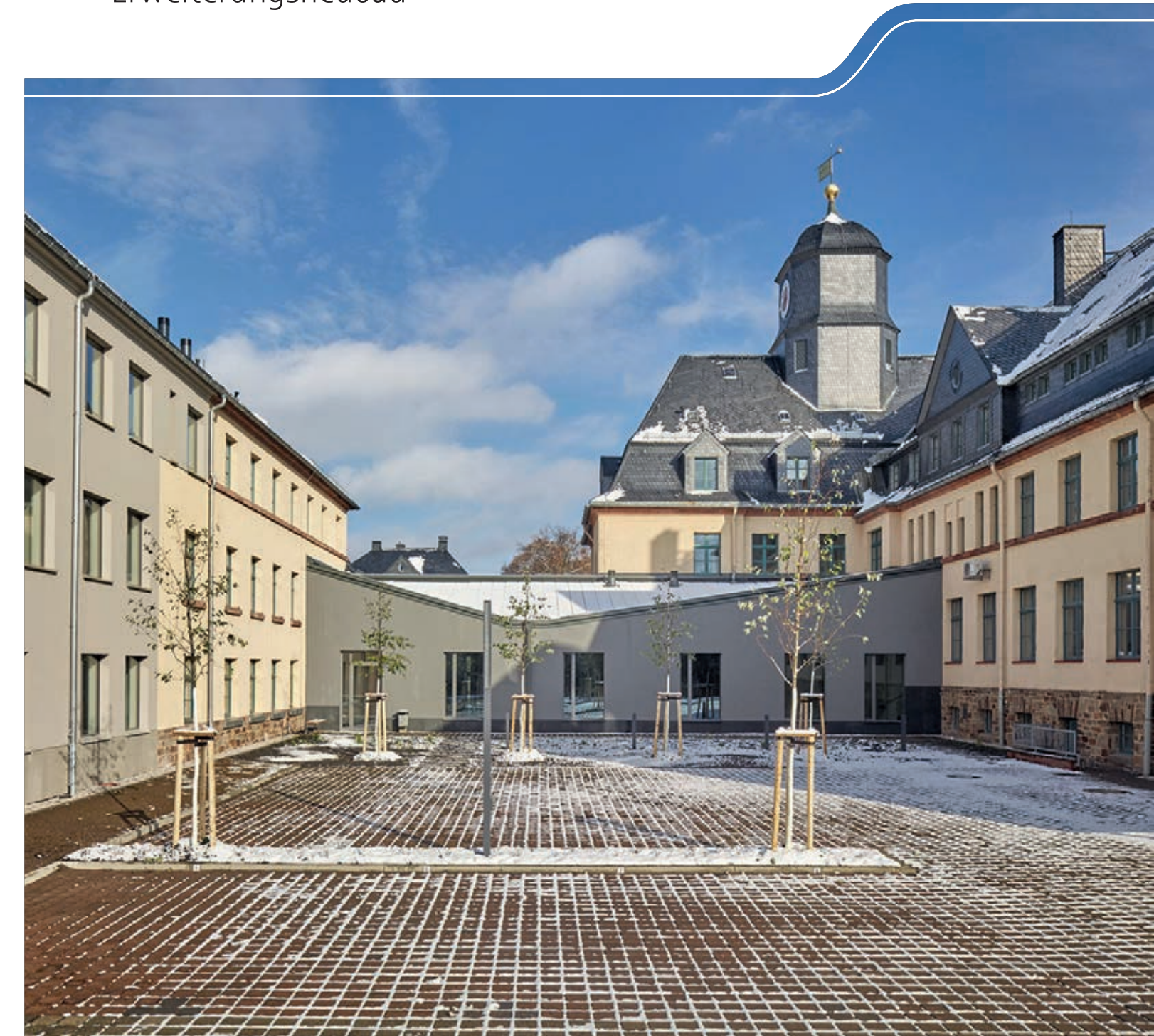
Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Amtsgericht Marienberg

Erweiterungsneubau



Baufaufgabe

Im Januar 2012 wurde vom Sächsischen Landtag beschlossen, die sächsische Staatsverwaltung umfassend neu zu ordnen und zu modernisieren (Sächsisches Standortgesetz). In diesem Zusammenhang steht die Entscheidung, die Amtsgerichte Marienberg und Annaberg am Standort Marienberg zusammen zu legen. Diese Zusammenlegung machte eine Erweiterung und Neustrukturierung der Funktions- und Geschäftsbereiche am Standort Marienberg erforderlich.

Der Gesamtkomplex steht unter Denkmalschutz. Auf dieser Grundlage und dem Ziel, das Ensemble in seiner historischen Bedeutung zu erhalten, sind die zur Erweiterung neu errichteten beiden Bauwerke (Verbindungs- und Erweiterungsbau) gestaltet.

Der ursprüngliche alte Verbindungsbau wurde abgerissen und durch einen funktionalen, eingeschossigen barrierefreien Neubau ersetzt. Darin sind der Empfang, die Wachtmeisterei und Poststelle zentralisiert. Zudem bildet der Neubau das Bindeglied zwischen beiden Bestandsgebäuden.

Zum Ausgleich der Höhendifferenz zwischen den beiden Bestandsgebäuden erfolgten der Einbau einer Treppe und der Umbau des Aufzuges im historischen Gerichtsgebäude. Damit sind alle Bereiche des Gerichtskomplexes barrierefrei erschlossen. Die zusätzlich erforderlichen Nutzflächen wurden mit einem dreigeschossigen, unterkellerten Anbau an das bestehende Grundbuchamt im Nebengebäude geschaffen.



Treppenhaus im Neubau



Foyer mit „Kunst am Bau“

Architektur und Gestaltung

Der Gesamtkomplex bleibt in seiner ursprünglichen Grundform U-förmig erhalten. Die beiden neu entstandenen Gebäudeteile nehmen die bestehenden Gebäudeliniien (Traufhöhen, Brüstungs- und Sturzhöhen) der Altbauten auf.

Die historischen Materialien wie Schiefer und Putz kamen wieder zum Einsatz. Durch die Farbgestaltung und Bauteilformate (Dachschiefer, Fenster) ist jedoch der zeitlich moderne Baustil ablesbar, ohne in den architektonischen Vordergrund zu treten.

Der lichtdurchflutete Eingangsbereich ist nun Warte- und Informationszone zugleich.

Die Innenräume zeichnen sich durch helle Farbgebung aus. Gestalterische Akzente wurden bei den Türen sowie den Wartebereichen gesetzt. Die unterschiedlichen Nutzungsetagen im Anbau sind farblich dem des Altbaus angepasst. Die Baustoffe, wie Stahlbeton, Kalksandstein, Stahl, Mineralschaumdämmung, Gipskarton, Holz und Linoleum sind ökologisch (rückbau- und recyclingfähig) gewählt.



farbliche Akzente in den Wartebereichen



lichtdurchfluteter Eingangsbereich



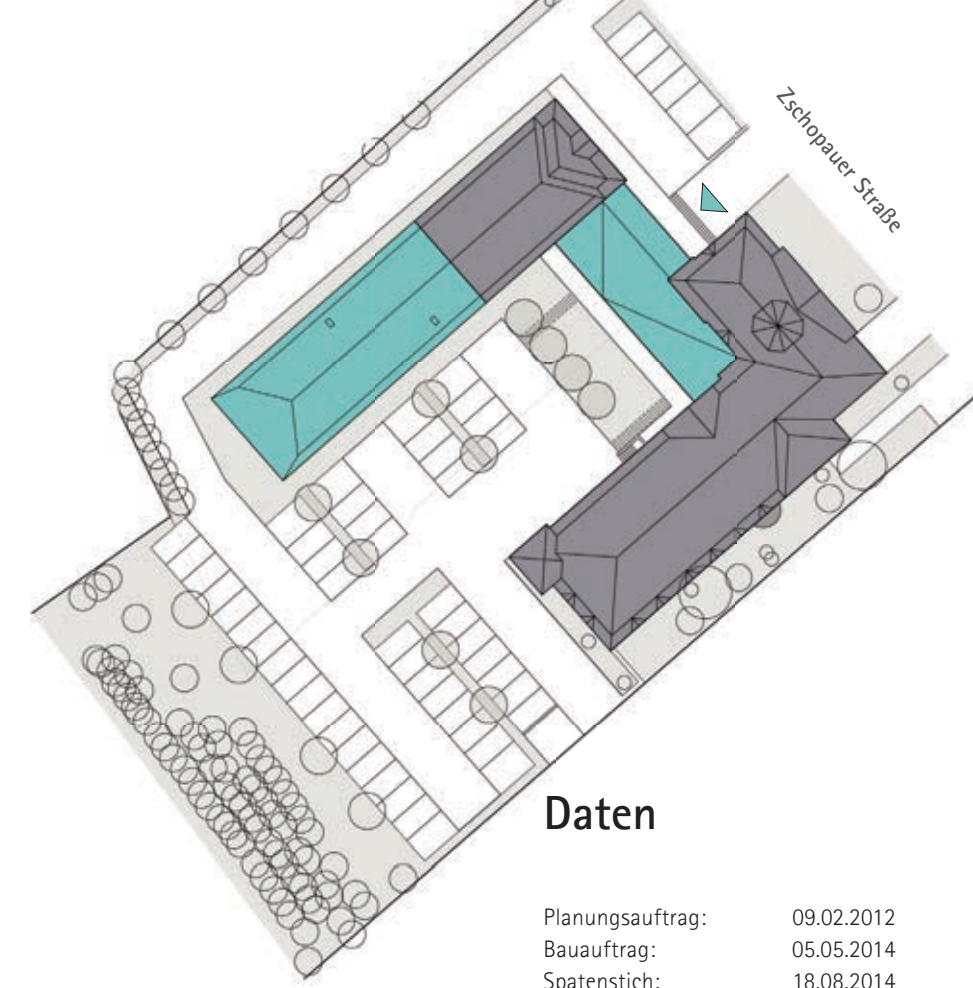
Verhandlungsraum im Hauptgebäude

Freianlagen

Die durch die Baumaßnahme betroffenen Freiflächen erfuhren eine Neugestaltung. Das alte Pflaster fand hierbei in Kombination mit neuen Platten Wiederverwendung. Im Bereich der Stellplätze liegen Grünzonen mit Einzelbäumen. Hinter dem neuen Verbindungsbau befindet sich im Innenhof der neu angeordnete Grünbereich, der mit verschiedenen Bodendeckern, Stauden und Bäumen bepflanzt ist.

Das durch die zusätzlich versiegelten Flächen anfallende Regenwasser wird in einer Rückhalteanlage gesammelt und gedrosselt in die Kanalisation abgeleitet.

Auf dem Platz vor dem Verbindungsbau befinden sich die Besucherparkplätze. Von da aus besteht über eine Rampe die barrierefreie Zuwegung in den Gebäudekomplex.



Daten

Planungsauftrag:	09.02.2012
Bauauftrag:	05.05.2014
Spatenstich:	18.08.2014
Richtfest:	17.08.2015
Übergabe:	18.08.2016
Gesamtfertigstellung	
Freianlagen:	18.11.2016
Gesamtnutzfläche:	2.428 m ²
GBK:	5.326.000 €



Amtsgericht Marienberg, neuer Eingang



Baugrube/Felsabbruch



Verbindungsbau, vorher

Kunst am Bau

Ein besonderer Blickfang an den Wänden des neuen Eingang- und Wartebereiches bildet das Kunstwerk „von Absicht bis Zukunft“ des Künstlers Frank Maibier aus Chemnitz.

Auf 100 ovalen Acrylglascheiben sind Worte mit Bezug auf juristische Sachverhalte und den dabei auftretenden Emotionen oder Gedanken aufgedruckt. Die transparenten Acrylglasobjekte, teilweise mit doppelsinniger Bedeutung, regen den Besucher zum Nachdenken an.



Technik

Entsprechend den Anforderungen des Wärmeschutzes, dem Einsatz von erneuerbaren Energien und durchgeführter Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgt die Beheizung des Neubaus über eine Wärmepumpenanlage (Leistung 22 kW) mittels Erdwärme. Die Spitzenlasten sind durch einen neuen Brennwertgaskessel (Leistung 210 kW) abgedeckt.

Für ein effizientes und modernes Gerichtssaalmanagement ist der gesamte Gebäudekomplex mit Besucheraufrufanlagen sowie Sitzungssaalanzeigen ausgestattet.

Die Beleuchtung im Neubau erfolgt über energiesparende, abgependelte oder in den Decken eingebaute Lichtbänder.



Archivraum



Innenhof mit neuem Verbindungsgebäude